

II-5027 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
ROBERT GRAF
Zl. 10.101/238-XI/A/1a/88

Wien,

22. 7. 1988

2228 IAB

1988 -07-25

zu 2178 J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2178/J betreffend Dioxinverbrennung in der HTV-Anlage der VÖEST, welche die Abgeordneten Dr. Dillersberger und Dr. Gurgerbauer am 25. Mai 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

In der Sitzung des Linzer Gemeinderates vom 4.2.1988 wurde beklagt, daß die Rohfassung eines Umweltberichtes 1985 vom Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Stadt Linz nicht rechtzeitig übermittelt worden wäre.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Seitens des Landes erhält die Stadt Linz laufend die Meßdaten von 10 Luftmeßstationen im Raume Linz. Die Übertragung erfolgt mittels Datenleitung, sodaß die Meßdaten dem Magistrat Linz aktuell zur Verfügung stehen.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Derzeit sind beim Magistrat der Landeshauptstadt Linz verschiedene Verfahren über die Sanierung von Altanlagen anhängig. Diese werden mit großer Sorgfalt durchgeführt. Die Gewerbebehörde ist sich der besonderen Bedeutung dieser Verfahren über die Umweltsituation in Linz voll bewußt.

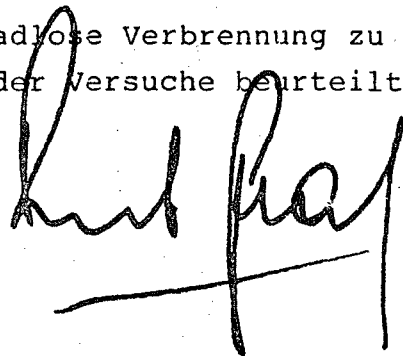
Zu den Punkten 4 bis 7 der Anfrage:

Die Hochtemperaturvergasungsanlage auf dem Gelände der VÖEST stellt ein völlig neues Verfahren zur Verbrennung von Sonderabfällen dar. Diese weist gegenüber der herkömmlichen Verbrennung Vorteile auf und wird daher von den Fachleuten als zukunftsweisend eingeschätzt. Eine endgültige und gesicherte Beurteilung setzt Versuche voraus, die derzeit durchgeführt werden.

Mit Bescheid des Magistrates der Landeshauptstadt Linz vom 1. April 1982 wurde die gewerbebehördliche Genehmigung für eine Versuchsanlage zur Kohlevergasung erteilt.

Mit Bescheid des Magistrates der Landeshauptstadt Linz vom 14. April 1988 wurde der Umbau dieser Anlage zur Erprobung von Hochtemperaturvergasungsverfahren für Hausmüll und ähnlichen Abfall ohne Sonderabfall bewilligt und gleichzeitig ein Probetrieb angeordnet. Das anhängige Verfahren zur Hochtemperaturvergasung von Sonderabfällen kann erst nach Vorliegen der Versuchsergebnisse weitergeführt werden.

Die Versuche werden von einem öffentlichen Beirat begleitet, in welchem neben einer Reihe von Sachverständigen auch kritische Bürgergruppen vertreten sind. Ob und für welche Stoffe die Anlage geeignet sein wird, eine schadlose Verbrennung zu gewährleisten, kann erst nach Abschluß der Versuche beurteilt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Lutz Pfla', written over a horizontal line.